

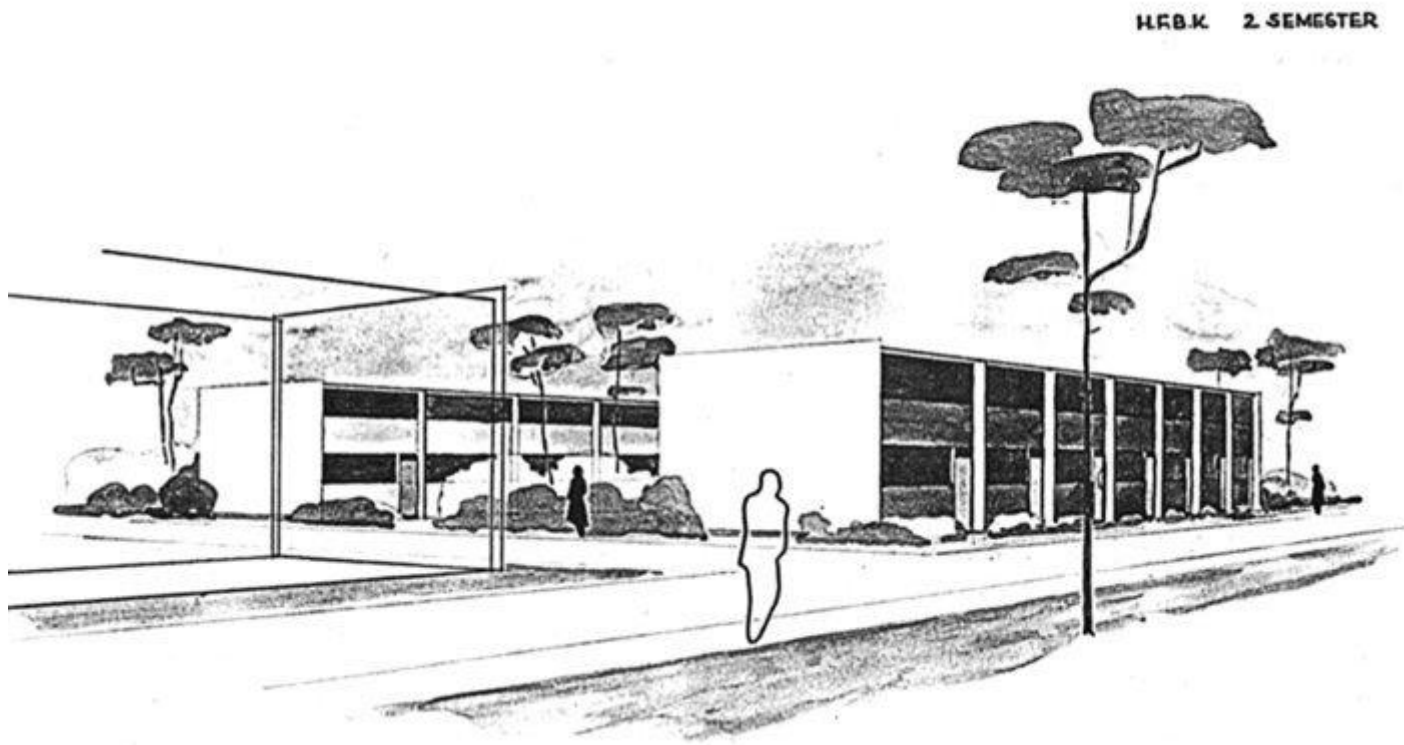
Junge Welt

[28.01.2017 Wochenendbeilage](#)

## »Die DDR hat kein ›anderes Berlin‹ gebaut«

### Gespräch mit Bruno Flierl. Über das »Stadion der Weltjugend«, Städtebau in Ost und West und Wohngebiete als sozialer Raum

*Interview: Frank Schumann*



Ein Entwurf Bruno Flierls aus dem zweiten Semester an der Hf BK: zweistöckiges Einfamilien-Reihenhaus in perspektivischer Darstellung, 1949  
Foto: Flierl/Archiv

Bruno Flierl, Jahrgang 1927, studierte Architektur in Berlin-Charlottenburg und siedelte 1950 in die DDR über. Er war Mitglied der Bauakademie und maßgeblich beteiligt an der Umgestaltung der Berliner Mitte. Seit 1984 ist er freiberuflich tätig, von 2001 bis 2004 war er Mitglied der Internationalen Expertenkommission »Historische Mitte Berlins«.

Am 2. Februar begeht Bruno Flierl den 90. Geburtstag. Sein Buch »Der Bau. Die Stadt. Der Mensch« wurde nicht rechtzeitig fertig, wird aber noch in diesem Frühjahr im Verlag Das Neue Berlin erscheinen.

**Mit persönlichen Mitteilungen hielten Sie sich zeitlebens zurück. Gibt es Gründe dafür? Sie sind doch eine Person der Zeitgeschichte, die nicht nur viel gesehen und erlebt hat, sondern auch zu erzählen weiß.**

Was soll ich dazu sagen? Es hat sich nicht anders ergeben. Mir war meine wissenschaftliche Arbeit wichtiger. Ich habe über den Wirkungszusammenhang von Architektur und Gesellschaft nachgedacht und dabei einiges zustande gebracht, worauf ich stolz bin. Und ich nahm an den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zur Schaffung einer friedlichen und sozial gerechten Welt teil.

**Soll das heißen: Ihr Glück löste sich im gesellschaftlichen Glück auf?**

Keineswegs. Aber zwischen individueller Befriedigung und gesellschaftlichem Fortschritt gibt es doch einen kausalen Zusammenhang. Marx hatte recht, wenn er individuelle Freiheit – die ich mit Glück gleichsetze – nicht als Freiheit von der Gesellschaft verstand, sondern meinte, dass es Freiheit nur in der und durch die Gemeinschaft gibt.

**Sie zitieren Marx?**

Natürlich. Wissen Sie, nachdem ich im Krieg jeglichen Glauben an Gott oder an ein höheres Wesen verloren hatte, verließ ich mich – ganz nach Marx, sobald ich sein Denken für mich angenommen hatte – auf mein eigenes Bewusstsein. So konnte ich meinem Leben einen Sinn geben: als Produktion und Reproduktion meiner selbst und meiner Welt.

**Es wäre spannend, auch über Ihre Kriegserlebnisse zu reden an dieser Stelle, oder über Ihre Familiengeschichte, leider wird dafür der Platz nicht reichen. Deshalb steige ich beim Umzug Ihrer Familie in die noch junge DDR ein.**

Meine Eltern zogen im Frühjahr 1950 von West nach Ost, was konsequent war. Ich folgte ihnen, aus Solidarität mit meinem ausgegrenzten Vater und weil ich für mich eine berufliche und politische Perspektive sah. Und ich zog auch der Liebe wegen in die DDR. Im Oktober 1949 war sie mir auf einem zweiwöchigen Kursus des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands am Scharmützelsee begegnet.

**Sie waren damals noch Student an der Hochschule für Bildende Künste in Charlottenburg. Was war Ihr erstes Projekt, an dem Sie mitwirkten?**

Ein Stadion an der Chausseestraße.

**Sie meinen das »Stadion der Weltjugend«, wo sich heute das größte Bauwerk Berlins erhebt: die Zentrale des Bundesnachrichtendienstes?**

Genau dieses. Allerdings hieß das Stadion erst seit 1973 so. Bis dahin trug es den Namen Walter Ulbrichts.

**Wie kam es zu Ihrer Mitarbeit?**

Auch damals musste man als Student Praktika absolvieren. Ende 1949, Anfang '50 bewarben wir uns, also mein Bruder Peter und ich, bei Selman Selmanagic, der seit dem Krieg die sogenannte Kultur- und Erholungsstättenplanung beim Magistrat von Groß-Berlin

koordinierte. Er sollte noch im gleichen Jahr die Architekturabteilung an der Kunsthochschule in Weißensee übernehmen, die er dann bis zu seiner Emeritierung 1970 leitete.

Der Bosnier kam vom Dessauer Bauhaus, war deutlich von Mies van der Rohe beeinflusst und hatte als bekennender Kommunist im antifaschistischen Widerstand gekämpft. Für ihn, und das machte ihn interessant, ging es nie nur um moderne Architektur, sondern dabei auch immer um gesellschaftliche Fragen. Die Zukunft der Gesellschaft hieß für ihn Sozialismus. Selmanagic hatte 1946 an dem von Hans Scharoun vorgelegten ersten Plan zum Aufbau Berlins mitgearbeitet, weshalb dieser als »Kollektivplan« in die Geschichte einging. Nun also war Selmanagic der Auftrag erteilt worden, für die Weltfestspiele der Jugend und Studenten im Sommer 1951 ein Stadion zu konzipieren.

Es freute uns, dass wir uns an seiner Entwurfsarbeit mit eigenen Ideen beteiligen durften, die er in ein baureifes Projekt umsetzte. Noch mehr schmeichelte es, dass er Peter und mich als »Enkel von Mies« bezeichnete, die der Sozialismus gut gebrauchen könne.

### **Wie kam ein junger Student wie Sie dazu, sich für einen Staat zu entscheiden, der derart heftig unter Feuer stand?**

Es stand nicht nur der ostdeutsche Staat unter Feuer. Zumindest propagandistisch schoss er auch zurück. Ich las Westberliner und Ostberliner Zeitungen. Die Hetzartikel in der Westpresse nervten, ich lehnte sie ab. Allerdings wuchs auch mein Unverständnis über die oft ideologisch aufgeladenen und dadurch sachlich unzureichenden Darstellungen in der Ostpresse. Ich bin doch ohne Illusionen in die DDR gegangen, und ich sah, dass viele den umgekehrten Weg gingen, weil sie mit der gesellschaftlichen Entwicklung nicht einverstanden oder unzufrieden waren, weil man ihnen im Osten übel mitgespielt oder sie vergrault hatte. Andere Ostdeutsche wiederum erhofften sich ein besseres und leichteres Leben im Westen.

Großen Eindruck machte auf mich, dass die DDR im Sommer 1950 ein Aufbaugesetz verabschiedete. Es schrieb nicht nur die Verfügung über Grund und Boden für das Planen und Bauen im gesellschaftlichen Interesse fest. Es wurden auch »16 Grundsätze des Städtebaus« formuliert, die als Auftrag für Stadtplaner und Architekten verstanden werden mussten. »Das Ziel des Städtebaues ist die harmonische Befriedigung des menschlichen Anspruchs auf Arbeit, Wohnung, Kultur und Erholung«, hieß es da. »Der Verkehr hat der Stadt und der Bevölkerung zu dienen.« Es ging also um die Entwicklung menschengerechter und gesellschaftlich sinnvoller Städte. Ein solcher Auftrag, eine solche Perspektive bestärkte mich in meinem Entschluss, meine berufliche Zukunft in der DDR zu suchen. Diese konkrete Vorgabe in den 16 Grundsätzen unterschied sich sehr klar von der »Charta von Athen«.

### **Was war das für eine Übereinkunft?**

1933 diskutierten in Athen Stadtplaner und Architekten Aufgaben der modernen Siedlungsentwicklung. Dieser IV. Internationale Kongress für neues Bauen (Congrès International d'Architecture Moderne, CIAM) verabschiedete eine Charta, die unter Federführung von Le Corbusier erarbeitet worden war. Sie galt als Manifest des avantgardistischen Städtebaus der Zukunft, als Konzept einer funktionellen Stadt. Allerdings war das mehr ein Appell an die Regierenden in der ganzen Welt, kein Programm, womit einmal mehr der Umstand deutlich wurde, dass es beim öffentlichen Bauen eines gesellschaftlichen Auftraggebers bedurfte.

Obwohl die Charta zumindest in der theoretischen Diskussion über Jahrzehnte als anzustrebendes Ideal galt, wurden schon bald auch Nachteile des aus ihr abgeleiteten Städtebaus deutlich. Die räumliche Trennung von Arbeit, Wohnen und Erholung führte zu einem starken Anstieg des Verkehrs und aller damit verbundenen Probleme. Innenstädte verödeten, und mit dem Umbau der Städte gab man viel von der eigenen Geschichte, von Stadtgeschichte und von urbaner Lebendigkeit auf. Deshalb kehrte man ab den 70er Jahren zu der kleinteiligen Funktionsmischung zurück und begann, soweit noch vorhanden, den historischen Stadtkernen wieder mehr Beachtung zu schenken. Aber das war 1950 nicht Thema.

**Sie haben an anderer Stelle erklärt, dass Städtebau und Architektur in der DDR lange Zeit unter dem Einfluss der Sowjetunion gestanden hätten.**



Foto: Robert Allertz

Ja, natürlich. Das begann mit den »16 Grundsätzen des Städtebaus« und der Konzeption der »Architektur der nationalen Traditionen« in der ersten Hälfte der 50er Jahre. Das war nicht genuin deutsch, die Überlegungen trugen auch die Handschriften etlicher Emigranten aus der Sowjetunion. Die Abnabelung setzte sich aber fort mit der Einführung des industriellen Bauens ab 1955. Der Auftakt dafür erfolgte auf der 1. Baukonferenz 1955. »Ohne Zuckerbäckerei und Fassadenkosmetik« sollte nunmehr »besser, billiger und schneller« gebaut werden mit industriell gefertigten Großplatten. Die erste so errichtete Neubaustadt war Hoyerswerda, mit deren Bau 1957 begonnen wurde.

**Reden wir einmal über den sozialen Wohnungsbau in der DDR. 1973 wurde das entsprechende Programm beschlossen, 1976 mit dessen Realisierung begonnen. Bis 1990 sollten drei Millionen DDR-Bürger eine neue bzw. eine sanierte Wohnung bekommen.**

Drei Millionen Wohnungen für neun Millionen Menschen.

**Also mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Landes. Wie sehen Sie heute, mit zeitlichem Abstand, dieses Vorhaben?**

Es gab ein sozialorientiertes Bauen bereits nach dem Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution. Ich verweise auf die berühmte Hufeisensiedlung von Bruno Taut in Berlin-Britz, die seit 2008 UNESCO-Welterbe ist, oder Tauts »Wohnstadt Carl Legien« in Prenzlauer Berg rund um die Erich-Weinert-Straße.

Aber das war nicht Ihre Ausgangsfrage. Sie wollten wissen, welchen Platz das Wohnungsbauprogramm der DDR in der deutschen Geschichte einnimmt. Um es kurz zu machen: einen einmaligen. Es war ohne Beispiel und wird wohl auch ohne Nachfolger bleiben. Ich will das gern begründen. Das massenhafte Bauen »für unsere Menschen«, wie es immer hieß, war ein sozialpolitisches Vorhaben. Das Ziel, alle müssen eine Wohnung haben, löste Diskussionen aus. Ich selbst hielt damals einen Vortrag über »Wohnen heute und im Kommunismus«. Es ging um die Formel »eine Wohnung« oder »seine Wohnung«. Und »seine Wohnung« hieß nicht Eigentum, sondern Behausung entsprechend den individuellen Bedürfnissen, also Größe, Ausstattung, Lage etc.

Aktuell konnte es nur um »eine Wohnung« gehen, denn es mussten alle Menschen in der DDR anständig behaut werden. »Eine Wohnung« hieß im Prinzip ein Dach überm Kopf und Inntoilette mit Bad. Wenn wir das »kommunistische Modell« diskutiert haben, erfolgte dies immer unter der Prämisse: Dann wird man nach seinen Bedürfnissen leben, auch was die Ansprüche an die Wohnung betrifft.

Der Sozialismus verstand sich als eine Gesellschaft auf dem Weg zum Kommunismus, als eine Leistungsgesellschaft. Jedem nach seinen Leistungen. Erst im Kommunismus würde es heißen: Jedem nach seinen Bedürfnissen. Zugleich galt das universelle Menschenrecht auf eine bezahlbare Wohnung. Das aber konnte materiell-technisch und ökonomisch überhaupt nur durch die Einführung des massenhaften industriellen Bauens von Wohnungen realisiert werden. In der Fabrik mussten Elemente gefertigt und diese auf die Baustelle befördert, zusammengesetzt und montiert werden.

**Die Standardisierung erlaubte erst die massenhafte Herstellung von Wohnungen.**

Das war überhaupt die Voraussetzung. Die Typenprojektierung lieferte die Grundlage, rasch und viel zu bauen. Und wir sprachen vom komplexen Wohnungsbau, von Wohngebieten, nicht von Siedlungen, die klangen nach Stadtrand. Wir bauten auf und in den Trümmerfeldern mitten in der Stadt. Wohngebiete auch deshalb, weil – anders als etwa in der Weimarer Republik, wo zunächst nur Häuser mit Wohnungen errichtet wurden – die Versorgungs- und gesellschaftlichen Einrichtungen von vornherein mit geplant und realisiert wurden: Verkehrsanbindung, Infrastruktur, Kinderkrippen und -gärten, Schulen, Turn- und Schwimmhallen, Verwaltungen, Bibliotheken und andere Freizeit- und Kultureinrichtungen. Damit die Bewohner nicht erst ins Stadtzentrum fahren mussten, um etwa ihre Schuhe reparieren zu lassen, einzukaufen oder essen zu gehen, wurden sogenannte Nachfolgeeinrichtungen gebaut.

Hinzu kam noch etwas anderes, was für die Gestaltung eines Wohngebietes wichtig war: die aktive freiwillige Mitwirkung der Bewohner. Sie sollten gleichsam ihren Vorgarten selbst gestalten, motiviert von der Vorstellung: Wir kriegen eine neue Wohnung, wir bauen eine

neue Welt – da machen wir mit. Das Entscheidende war, dass alle diese gesellschaftlichen Einrichtungen vom Staat bezahlt wurden und die Wohnungen eine Miete hatten, die die niedrigste war, die in Deutschland jemals verlangt wurde. Die Wohnung war eigentlich ein staatliches Geschenk. Denn mit der Miete amortisierte sich der Wohnungsbau nicht. Sie betrug 40 Jahre lang etwa eine Mark pro Quadratmeter. Das gab es nirgends auf der Welt. Neulich erwähnte diesen Umstand eine ehemalige DDR-Planerin, die heute die Anpassung von Wohngebieten an die neuen Verhältnisse konzipiert. Da tröteten junge Architekten, die von Geschichte keine Ahnung hatten, das sei Propaganda. Das ist keine Propaganda. Das war eine soziale Leistung.

Ich weiß aber auch, dass die Führung der DDR sich dieser Bedeutung gar nicht richtig bewusst war. Sonst wäre sie mit diesem kostbaren Gut – das ja nicht sie, sondern die Werktätigen, also das Volk, geschaffen hatten – nicht so schludrig und dogmatisch umgegangen.

**Dieses Wohnungsbauprogramm sollte bis 1990 realisiert sein. Es endete auch aus einem anderen Grunde, wie wir wissen. Wie viele von den geplanten drei Millionen Wohnungen sind tatsächlich gebaut worden?**

Offiziell übergab Honecker am 12. Oktober 1988 die dreimillionste Neubauwohnung, die seit 1970 errichtet worden war. Tatsächlich, so hat man errechnet, waren es bis zum Ende der DDR knapp zwei Millionen in Plattenbauweise errichtete Wohnungseinheiten. Allerdings vermute ich, dass die für das Wohnungsbauprogramm ursprünglich veranschlagten 200 Milliarden Mark am Ende nicht erreicht haben werden.

**Gab es eine Abstimmung zwischen den Städteplanern in den beiden Stadthälften, zumindest bis 1961, als die Grenze zwischen Ost- und Westberlin dichtgemacht wurde?**

Nur einmal gab es eine halboffizielle planerische Abstimmung. 1956 einigten sich beide Seiten über einen Hauptstraßenverkehrsplan. Die DDR betrachtete die Spaltung Deutschlands als temporär, »Deutschland, einig Vaterland« hieß es ja nicht nur in der Nationalhymne. Dem galten zumindest bis Ende der 60er Jahre verschiedene politische Anstrengungen. Im Unterschied zur Bundesrepublik, die die Westintegration forcierte und die »deutsche Einheit« allenfalls in Sonntagsreden beschwor, dachte und handelte die Politikergeneration um Ulbricht in vielen Fragen gesamtdeutsch. Bei der Abstimmung der Stadtplaner aus Ost- und Westberlin ging man davon aus, dass Berlin einmal wieder die Hauptstadt eines ganzen Deutschlands sein würde.

**Im Jahr 1956 wurde in der Bundesrepublik die KPD verboten, die DDR monierte die Eingliederung des Saarlandes, da dieses »zu ganz Deutschland gehöre und die DDR nicht konsultiert worden sei«, so stand es jedenfalls im *Neuen Deutschland*; im Nahen Osten führten Großbritannien, Frankreich und Israel Krieg um den Suezkanal – der dann gemeinsam von den Großmächten USA und UdSSR beendet werden sollte –; und in Budapest schoss man aufeinander, bis die Sowjetarmee intervenierte.**

Aus der Traum! Westberlin und Ostberlin führten den Wettbewerb »Hauptstadt Berlin« getrennt und gegeneinander – der Westen 1957/58, der Osten ein Jahr später. Beide Seiten mit dem selben Autobahntangentenviereck um das Zentrum herum! Der eigentliche politische Skandal bestand darin, dass der Westen damit auf einem Territorium plante, das ihm größtenteils nicht gehörte, und dies obendrein unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. Das bedeutete nach internationalem Rechtsverständnis eine

»städtebauliche Aggression«, eine durch nichts zu rechtfertigende Zuspitzung des Kalten Krieges. Der DDR blieb die Genugtuung, dass von diesem Westwettbewerb so gut wie nichts realisiert werden konnte, vom Ostpendant hingegen schon. Das Ergebnis des in der DDR-Hauptstadt erfolgten Wettbewerbs zur sozialistischen Umgestaltung des Stadtzentrums wurde – nach Beschluss vom Mai 1961 – in den drei folgenden Jahrzehnten etappenweise umgesetzt. Übrigens wurde dabei die historische Stadtgestalt weit umfangreicher erhalten und fortgesetzt als in den Planvorstellungen des Westens.

Als schwierigste städtebauliche und zugleich architektonische Herausforderung erwies sich die Gestaltung eines zentralen politischen Ortes in der Mitte der Stadt. Das sowjetische Vorbild verlangte nach einem zentralen Platz und einem zentralen Gebäude von symbolischer Wirkung. Dafür kam der Bereich des zerstörten Schlosses in Frage, für dessen Wiederaufbau weder die ökonomische Kraft noch der politische Wille vorhanden war.

**Nun wird die Umgestaltung der Berliner Innenstadt in den 40 Jahren DDR kritisiert, in unterschiedlicher Weise und Intensität und aus unterschiedlicher Motivation. Verstehen Sie das?**

Verstehen schon: Jeder sieht die Welt mit eigenen Augen. Unwidersprochen hinnehmen oder gar akzeptieren werde ich die Kritik jedoch nicht. Die DDR hat kein »anderes Berlin« gebaut wie es früher nie existierte, sondern ein »verändertes Berlin«, in dem das alte, tradierte Berlin mit seinen alten Orten und Gebäuden noch immer überraschend erkennbar ist: mit seinen rekonstruierten Kirchen, Kulturbauten und Bürogebäuden, mit seinen wieder instand gesetzten traditionellen Straßen, Plätzen und Parks – ergänzt durch neue Gebäude, darunter eine Masse neuer Wohnbauten, und eine Vielzahl stadträumlicher Anlagen urbaner Funktion.